Ruf aus der Bundesregierung nach mehr Migranten im Staatsdienst findet Widerhall - Doch eine Quote will auch Böhmer nicht

Frankfurt/Main (apn) Ali Yarisan kann die Diskussion über mehr Migranten im öffentlichen Dienst gut nachvollziehen. Der gebürtige Türke ist seit 13 Jahren Polizeibeamter in Deutschland und arbeitet in Ludwigshafen. Wenn man mit ihm redet, hört man eher einen kurpfälzischen Akzent heraus. Doch dass er seiner türkischen Muttersprache mächtig ist, kommt dem 33-Jährigen auch im Einsatz zugute: Letztens zeigte eine nicht Deutsch sprechende Türkin bei ihm ihren prügelnden Ehemann an. "Das hat sie sich nur getraut, weil sie gehört hatte, dass es hier einen türkischsprachigen Polizeibeamten gibt", weiß Yarisan.

Wenn es nach der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung geht, wird es in Zukunft noch viel mehr Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst geben. Nicht nur bei Polizei und Feuerwehr, sondern auch bei den Lehrkräften, Erzieherinnen und in der Verwaltung hofft Staatsministerin Maria Böhmer (CDU) auf mehr Beamte und Angestellte aus Zuwandererfamilien. Schließlich habe jeder Fünfte in Deutschland einen Migrationshintergrund. Und dies müsse "angemessen" auch für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gelten, fügte die Politikerin im Gespräch mit der "Rheinischen Post" hinzu.

Nicht gefallen hat Böhmer indes, dass die Zeitung die Meldung darüber mit der Überschrift versah: "Bundesregierung will Migrantenquote für den öffentlichen Dienst". In einer Pressemitteilung stellte die als Vertraute von Bundeskanzlerin Angela Merkel geltende Christdemokratin klar: "Eine Quote steht aber nicht zur Diskussion." Vielmehr müsse es Aufgabe der Personalplanung jeder Behörde sein, den Anteil der Zuwanderer unter den Beschäftigten zu erhöhen. "Unter Berücksichtigung von Eignung, Leistung und Befähigung", wie Böhmer ausdrücklich betonte, aber auch unter Einbeziehung ihrer sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen.

Immerhin verschaffte das Reizwort "Quote" dem Thema eine Aufmerksamkeit, die es sonst schwerlich gefunden hätte. Auch am Nachmittag wandten sich noch Politiker von CSU, FDP und sogar Linken ausdrücklich gegen eine Quote, während der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, die Einführung einer "Migrantenquote" ausdrücklich begrüßte. Aber auch Deutschlands führender Migrationsforscher Klaus J. Bade hält nicht eine Quote, sondern nur einen Richtwert für sinnvoll, um den Anteil von Menschen aus Zuwandererfamilien im öffentlichen Dienst zu erhöhen.

Im Gespräch mit der Nachrichtenagentur DAPD nannte er Böhmers Vorstoß "im Kern eine gute Idee". Sie entspreche ja auch der Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung, das bereits im

Nationalen Integrationsplan genannte Ziel "in eine operative Strategie umzusetzen", fügte der Vorsitzende des Sachverständigenrats für Integration und Migration in Berlin hinzu. Doch Bade benannte auch ein Problem: Zwar haben in Deutschland 20 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund, doch der Anteil der Qualifizierten liegt deutlich darunter. Der kürzlich emeritierte Osnabrücker Professor sieht daher auch die Bildungspolitik gefordert.

Das kann der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, nur bestätigen. "Wir haben gute Erfahrungen mit Migranten in unseren Reihen gemacht", berichtet der GdP-Chef. Deren Anteil zu erhöhen, hält auch er für absolut sinnvoll. Allerdings dürfe es nicht bei Forderungen bleiben.
"Alle sagen das, passieren tut wenig", kritisiert Freiberg. Die Polizei bekomme längst nicht so viele Bewerber mit Migrationshintergrund, wie sie haben wolle. Man müsse mehr tun, dass die Betroffenen die dafür notwendige Aufnahmeprüfung auch bestehen. Nicht etwa durch Absenkung der Qualifikationsstandards, sondern eben durch entsprechende Schulungen, "auch wenn das Geld kostet".

Die Kommunen beschäftigen Migranten mittlerweile auf allen Ebenen. "Viele Städte haben es sich bereits zum Ziel gemacht, den Anteil von qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund zu erhöhen und fördern dies mit ganz konkreten Konzepten" berichtet der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, Stephan Articus. So würden beispielsweise gezielt Auszubildende per Anzeigenkampagnen gesucht, Informationsveranstaltungen in Schulen und für Eltern gestartet sowie Mentorenprogramme durchgeführt, um Beschäftigte aus Zuwandererfamilien praxisnah für Führungspositionen zu qualifizieren. Als Städte, die sich besonders engagieren, nannte Articus beispielhaft Osnabrück, Duisburg, Hamburg, München und Stuttgart. Den Kommunen sei bewusst, "dass sie beim Thema Integration eine Vorbildrolle spielen müssen", sagte der höchste Beamte des Deutschen Städtetags.

DAPD/kn/ko, 01-14-2010, Gerhard Kneier